

Antrag

**der Abgeordneten Mehmet Yildiz, Dora Heyenn, Kersten Artus,
Tim Golke, Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir, Christiane Schneider
und Heike Sudmann (DIE LINKE)**

**Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014
Einzelplan 4**

**Kapitel 4450
Titel 684.81**

Betr.: Offene Kinder- und Jugendarbeit endlich ausreichend ausstatten

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) bietet Kindern und Jugendlichen vor Ort kostenfreie Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und Hilfe. Sie fördert das freiwillige Engagement, die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil und ist offen für jede/-n. Sie ist eine unverzichtbare Stütze bei der Alltagsbewältigung der Kinder und Jugendlichen aus Familien mit sozialen Problemen.

Der Druck auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit wächst dabei stetig. Neue Arbeitsfelder werden von außen herangetragen, die mit immer knapperen personellen und finanziellen Ressourcen bewältigt werden müssen. So müssen diese Einrichtungen zusätzlich zu ihrer bisherigen Arbeit jetzt auch noch Vernetzungsarbeit im Rahmen von Sozialen Hilfen und Angeboten leisten. Für die Zusammenarbeit mit den Schulen wurden bisher gar keine zusätzlichen Mittel eingestellt. Die zusätzliche Arbeit muss auch noch koordiniert werden. Auch dazu sind bisher keine Mittel vorgesehen.

Schon jetzt ist die OKJA nur unter erheblich erschwerten Bedingungen möglich; Leidtragende sind die Beschäftigten und die Nutzer/-innen der Einrichtungen.

In den letzten Jahren hat die OKJA keine zusätzlichen Mittel zugewiesen bekommen. Die minimalen jährlichen Steigerungsraten decken nicht einmal die jeweilige Inflationsrate, sodass faktisch immer weniger Geld für diese Arbeit zur Verfügung steht.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. alle Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Familienförderung, die im Rahmen der Rahmenzuweisung an die Bezirke gefördert werden, finanziell so auszustatten, dass zwei volle Personalstellen pro Einrichtung besetzt werden können;
2. die jährliche Inflationssteigerung entsprechend zu berücksichtigen und finanziell auszugleichen;
3. dafür umgehend jeweils 4 Millionen Euro im Haushalt 2013 und 2014 bereitzustellen;
4. die Kürzungen bei den Rahmenzuweisungen an die Bezirke in Höhe von 3,5 Millionen Euro nicht vorzunehmen.